

01) Unsere politische Elite versteht den Orient nicht!

Schreibt Gerd Guenter Klöwer am 22.08.2021

Lieber Reinhard,

Daß nach Klima und Corona z.Z. Afghanistan die öffentliche Diskussion beherrscht, zeigt mir erneut, daß unsere politische Elite den Orient nicht versteht.

Der Westen kann die Welt mit „Humanismus und Menschenrechten“ nicht retten. 80% der Menschen in Afghanistan sind Analphabeten und verstehen den Westen nicht. Sie verstehen vielleicht das Geld, das die USA und Europa ins Land gebracht haben; sie mögen auch die Technik von Autos und Maschinengewehren bewundern, mit Freiheit, Frauenrechten und Demokratie können diese 80% der Menschen, besonders in den Dörfern, jedoch wenig anfangen. Freiheit und Demokratie machen die Armen nicht satt.

In Afghanistan ist die schöne Utopie von Humanismus und Menschenrechten endgültig gescheitert. Zu allen Zeiten gab es Staatsmänner wie z.B. die derzeitige deutsche und U.S. amerikanische politische Elite, die den Umbrüchen ihrer Epoche nicht gewachsen sind und den Nahen Osten nicht verstehen. In Afghanistan findet eine Fehleinschätzung ihr Ende. Die USA und ihre Nato-Partner können keine Weltpolizisten sein.

Mit humanitären Interventionen und harter Interessenpolitik erzwangen sie rund um den Globus Regimewechsel. Am Hindukusch wollten sie die mittelalterlichen Lebensverhältnisse verbessern, den Frauen Gleichberechtigung beschern und aus dem ethnischen Flickenteppich Afghanistan einen demokratischen Nationalstaat formen. Wenn man eine Gesellschaft von Grund auf verändern will, genügen zwei Dekaden nicht. Wieso wurde das stärkste Militärbündnis der Welt von einem mit Sandalen und Mopeds gerüsteten Feind geschlagen?

Afghanistan führt dem Westen vor Augen, dass seine Werte, wie universelle Menschenrechte, vielleicht gar nicht so attraktiv für autochthone, frauenfeindliche Gesellschaften sind. Jedenfalls gelang es ihm nicht, diese in den Köpfen der afghanischen Soldaten und Polizisten so weit zu verankern, dass sie ihrem Kampf gegen die Taliban einen Sinn gegeben hätten. In der Schlacht zwischen Islamismus und Aufklärung zeigten die Gotteskrieger mehr Kampfmoral.

Das afghanische Debakel muss für die USA und ihre Verbündeten ein Anlass sein, um innezuhalten und sich in etwas zu üben, was nicht zu ihren Kernkompetenzen gehört – Bescheidenheit. Der Westen kann die Welt nicht retten. Washington ist nicht mehr der Praeceptor Mundi. London, Paris oder Berlin sind es erst recht nicht. Sie können der Welt keine Wertvorstellungen aufzwingen.

Der Westen verteidigt lautstark die Menschenrechte in China, mehr mit Blick auf die eigenen Wähler, erreicht damit aber wenig. Die Europäer fordern Freiheit, Humanismus und Menschenrechte, geben sich die strengsten Klimaziele und betrachten sich als Vorbild, während sich der Rest der Welt davon wenig beeindruckt lässt. Lernt der Westen keinen Realismus, wird er bald untergehen.

*

Deutschland, das Sozialamt der ganzen Welt? Kommentar zum Hartz-IV-Urteil des Bundessozialgerichts (BSG): Die Urteile des BSG stehen seit vielen Jahren in der Kritik, insbesondere in Arbeitgeber- und bürgerlichen Kreisen. Nach der Pensionierung des früheren BSG-Präsidenten Müller nahm das linke Verhängnis seinen Lauf. Das Gericht sieht sich häufig als Anwalt der angeblichen "Sozialschwachen" und schiebt locker den vermeintlich „Starken“ die Verantwortung zu. So wird jeder Gang zum BSG zu einem unkalkulierbaren Risiko. (Von Peter Helmes, conservo.wordpress.com) Immer öfter in den letzten zwanzig Jahren sieht das BSG unser Land offensichtlich als soziales Herzstück Europas – als Solidargemeinschaft, die vor allem Zahlmeister für europaweite Wohltaten aller Art zu sein hat. Ich weiß zwar nicht, ob die Richter (pardon: und Richterinnen) fromme Christen sind. Jedenfalls klingen viele ihrer schrägen Urteile nach Math. 11,36: „Kommet alle zu mir, die Ihr mühselig und beladen seid, ich will Euch erquicken.“ Vor kurzem fällt das BSG wieder ein solches Urteil – getragen von der Verantwortung offenbar für die ganze Welt und berufen, der Menschheit Heil zuzusprechen. Damit haben die Richter Deutschland den Stempel „Sozialamt der Welt“ richterlich aufgedrückt. Sozialamt Deutschland Das jüngste Hartz-IV-Urteil des Bundessozialgerichts (salopp ausgedrückt: „Hartz-IV für alle – auch für „Zuwanderer“ aller Art“) ist ein weiteres fatales Signal auf dem Weg in ein anderes Land, ein „Neues Deutschland“. Dieses „neue“ Deutschland wird zunehmend „ent-deuscht“, Salafisten, Islamisten und deren Freunde machen sich unser Land zur Beute. Dadurch brechen bei uns neue Konflikte auf und alte werden verstärkt. Auf der Strecke bleibt die Aufdeckung der Ursachen: Nicht die Hooligans sind die Verursacher der Auseinandersetzungen, sondern die, die nicht bereits sind, in unsere (!) Gesellschaft einzutreten und sich in ihr zu integrieren. Auf der Strecke bleibt auch die Beantwortung der Frage, wen wir eigentlich (unter welchen Voraussetzungen) bei uns noch alles aufnehmen sollen? Der Zusammenbruch unseres Sozialsystems rückt auch unter diesem Aspekt immer näher. Letztlich bleibt noch die Beantwortung einer generellen Frage auf der Strecke: die Frage nach dem Selbstverständnis Deutschlands. Der Begriff „unsere Nation“ wird ausgehöhlt. Wer wagt noch zu definieren, wer und was unsere Nation bedeutet? „Europäische Freizügigkeit“ überstrapaziert Es ist im Prinzip nichts gegen eine europäische Freizügigkeit einzuwenden. Sie sollte aber nur dann gelten, wenn man für sich selbst sorgen kann – Ausnahme selbstverständlich: echte Asylanten; da darf jeder Staat großzügig sein. Wenn aber Kinder aus irgendeinem Drittweltland hier für Wochen und Monate ihre Eltern besuchen und dann die Segnungen unseres Sozialsystems in vollen Zügen in Anspruch nehmen können (Urteil des BSG), ist die Grenze der Solidarität bei weitem überschritten. Wer das Sozialsystem gefährdet oder gar zum Zusammenbruch führt, handelt nicht sozial, sondern ist unsozial, wenn diesen „Gästen“ die gleichen Sozialleistungen wie deutschen Staatsangehörigen versprochen und gezahlt werden. Kretschmanns „Flüchtlingsgipfel“ Auf Winfried Kretschmanns „Flüchtlingsgipfel“ ging es – im Klartext gesprochen – eher um das Aufnehmen von Flüchtlingen aller Schattierungen, weniger um die Definition von (echten) Asylanten, also die von Unterdrückung, Folter oder Tod Bedrohten. Das „Asyl“ Kretschmanns und seiner Grünen gleicht eher einem Traumland, geschaffen von einer Ideologie des Multikulti-Paradieses, genährt, gestützt und mitgetragen von allen Bundestagsparteien und entsprechend „aufgeschlossenen“ Medien. Sie haben „Gästen“ und Zuwanderern längst ein Bleiberecht zur Selbstverständlichkeit werden lassen. Selbst nach Angaben der Bundesregierung schiebe Deutschland zu wenige Flüchtlinge ab. Ein Sprecher des Innenministeriums erklärte auf Anfrage der „Welt“: „In der

Das Beherbergungsunternehmen Airbnb hat angekündigt, die Kosten für die Unterbringung von 20.000 Afghanen auf der ganzen Welt zu übernehmen. Dies erklärte Brian Chesky, CEO und Mitbegründer des Unternehmens, auf seinem Twitter-Account.

Chesky teilte mit, dass Airbnb ab Dienstag die Kosten für die Unterkunft übernehmen wird, was ohne die „Großzügigkeit der Gastgeber“, denen er für ihre Unterstützung dankt, nicht möglich wäre.

Das Unternehmen versichert, dass es eng mit der Nichtregierungsorganisationen [Airbnb.org](https://www.airbnb.org) zusammenarbeitet, um die dringendsten Bedürfnisse der Flüchtlinge in dieser Zeit zu unterstützen. Als unabhängige Non-Profit-Organisation konzentriert sich [Airbnb.org](https://www.airbnb.org) darauf, Menschen in Krisenzeiten zu helfen.

„Die Vertreibung und Neuansiedlung von afghanischen Flüchtlingen in den Vereinigten Staaten und in der ganzen Welt ist eine der größten humanitären Krisen unserer Zeit. Wir fühlen uns verpflichtet, einzugreifen“, schrieb Chesky auf seinem Account.

Der Airbnb-CEO hofft, dass diese Entscheidung andere „Leader“ inspirieren wird und bittet diejenigen, die daran interessiert sind, ihre Unterkunft anzubieten, sich mit dem Unternehmen in Verbindung zu setzen, um die Operation für dieses humanitäre Projekt zu starten.

Quelle: [Ultima Hora](https://www.ultima-hora.com)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Papst lädt die Welt zum Dialog mit den Taliban ein

Papst Franziskus: „Dialog“ ist der einzige Weg zu „Frieden und Sicherheit“ in Afghanistan

24. 08. 2021



Foto: Mariordo (Mario Roberto Durán Ortiz) / Wikimedia (CC-BY-SA-4.0)

Papst Franziskus hat eine großartige Idee, wie man Afghanistan Frieden bringen kann, und es ist im Grunde die gleiche Lösung, die er für jedes Problem unter der Sonne vorschlägt: Dialog. Ja, natürlich. Die Taliban töten und verstümmeln Frauen und verfolgen Christen, weil sich niemand die Mühe gemacht hat, sich hinzusetzen und mit den armen Kerlen zu reden. Ganz zu schweigen davon, dass US-Vertreter lange vor dem Debakel in Afghanistan über ein Jahr lang Gespräche mit den Taliban in Doha geführt haben. Offensichtlich war es die falsche Art des Dialogs, der, wenn wir ihn jetzt führen, alles lösen wird. Der Papst sagte.

„Ich schließe mich der einhelligen Besorgnis über die Lage in Afghanistan an“, sagte der Pontifex am Montag vor der Weltöffentlichkeit.

„Ich bitte Sie alle, mit mir zum Gott des Friedens zu beten, damit das Geschrei der Waffen aufhört und Lösungen am Tisch des Dialogs gefunden werden.“

Franziskus erklärte, nur durch den Dialog könne „die geschundene Bevölkerung dieses Landes – Männer, Frauen, ältere Menschen und Kinder“ „in ihre Häuser zurückkehren und in Frieden und Sicherheit leben, in völligem gegenseitigen Respekt“.

Alles, was wir tun müssen, ist der Dialog! Warum ist da niemand früher drauf gekommen?

Zurück in der realen Welt, widerlegen sich die Worte des Papstes selbst. Sein eigener „Dialog“ mit muslimischen Führern hat nicht bewirkt, dass ein einziger Christ nicht verfolgt oder eine einzige Kirche nicht zerstört wurde. Sein Dokument über die „menschliche Bruderschaft“, das er zusammen mit dem Großscheich von al-Azhar, Ahmad el-Tayeb, unterzeichnet hat, hat weder die Taliban noch irgendeine andere islamische Gruppe dazu gebracht, ihre Waffen niederzulegen und ihren Dschihad zu beenden. Der Dialog hat noch nie funktioniert. Warum glaubt er, dass dies in Afghanistan funktionieren wird?

Ein „Dokument über menschliche Brüderlichkeit für den Weltfrieden und das gemeinsame Zusammenleben“ wurde 2019 veröffentlicht und ist zur Grundlage für die Beziehungen der katholischen Kirche zu islamischen Gruppen und dem Islam im Allgemeinen geworden. Er ist so voller Lügen und Wunschenken, wie man es von Repräsentanten wie el-Tayeb und Papst Franziskus erwarten würde. Zu seinen vielen falschen Behauptungen gehört die Aussage, dass der Terrorismus auf „eine Anhäufung falscher Interpretationen religiöser Texte und politischer Maßnahmen im Zusammenhang mit Hunger, Armut, Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Stolz“ zurückzuführen sei.

Die Vorstellung, dass Armut Terrorismus verursacht, ist im Grunde ein Appell an die westlichen Nationen, den Regierungen muslimischer Länder mehr Schecks auszustellen. Auch dies ist offenkundig falsch. Die New York Times berichtete, dass „kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001... Alan B. Krueger, der Wirtschaftswissenschaftler aus Princeton, untersuchte die weit verbreitete Annahme, dass Armut ein Schlüsselfaktor für die Entstehung von Terrorismus sei. Kruegers Analyse von Wirtschaftszahlen, Umfragen und Daten über Selbstmordattentäter und Hassgruppen ergab keinen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Notlage und Terrorismus.

Doch die Analyse, dass Armut Terrorismus verursacht, wurde immer wieder angewandt. Und jetzt tut es der Papst.

Der Papst liegt damit völlig daneben. 2019 sagte er: „Trotz der Vielfalt der Kulturen und Traditionen schätzen und schützen die christliche und die muslimische Welt gemeinsame

Werte: das Leben, die Familie, die religiöse Bedeutung, die Ehrung der älteren Menschen, die Erziehung der Jugend und vieles mehr.“

Die Taliban verstoßen auf jede erdenkliche Weise gegen diese Werte, und sie tun dies in dem Glauben, dass ihre Handlungen durch islamische Texte und Lehren vorgeschrieben und sanktioniert sind. Die Annahme des Papstes, dass die christliche und die muslimische Welt gemeinsame Werte teilen, ist derselbe ethnozentrische Fehler, den westliche politische Analysten allzu oft begehen: Sie glauben ohne zu hinterfragen, dass Worte wie „Leben“, „Familie“ und „religiöse Bedeutung“ für alle Muslime dasselbe bedeuten wie für Christen und Muslime. Der Gedanke, dass die Taliban möglicherweise eine ganz andere Auffassung von der Familie haben, die Polygamie zulässt, und vom Wert des Lebens, die die wiederholten Befehle des Korans, Nicht-Muslime zu töten (2:191, 4:89, vgl. 9:5), zulässt, scheint Papst Franziskus und anderen wie ihm nicht in den Sinn zu kommen.

Quelle: [Jihadwatch](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Absurdistan: wo blieben die Milliarden des Westens?

23. 08. 2021



Bildquelle: Shutterstock

Die westlichen Länder, insbesondere die USA und Großbritannien, haben in den letzten Jahren Milliarden von Dollar nach Afghanistan gepumpt, aber das Gegenteil von dem erreicht, was sie wollten. Sie wollten eine neue Gesellschaft aufbauen, aber stattdessen wurde das Geld benutzt, um die Korruption zu fördern, die den Nährboden für die Rückkehr der Taliban bildete. Millionen wurden für Schulen ausgegeben, die zusammengebrochen

waren oder nicht genügend Bänke hatten. Die Hilfslieferungen landeten oft auf den Ländereien von Warlords und Mafiabossen, was die Armut nur noch vergrößerte.

Bevor die Taliban Afghanistan zurückeroberten, unternahmen die westlichen Länder etliche Versuche, die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu verbessern und eine neue Gesellschaft aufzubauen. Infolgedessen haben sie Unsummen von Geld in das Land gepumpt, was ganz einfach eine Verschwendung war“, so die *Daily Mail*.

Die toskanischen Ziegen

Neun toskanische Ziegen wurden vom Pentagon nach Afghanistan geflogen, um die lokale Kaschmirindustrie anzukurbeln und Tausende von Arbeitsplätzen zu schaffen. Für das Programm waren insgesamt 4,4 Millionen Pfund vorgesehen.

Diese Ziegen wurden mit einheimischen Tieren gepaart, um die Qualität zu erhöhen. Die toskanischen Ziegen kamen jedoch mit den Bedingungen in Afghanistan nicht zurecht, mehrere Tiere wurden krank, sie wurden auf zu kleinem Raum gehalten und die hohen Futterpreise machten das Geschäft unrentabel, so dass der afghanische Partner von dem Geschäft zurücktrat. Das Programm starb still und leise in Ungnade, nachdem das Geld der Steuerzahler völlig verschwendet wurde.

Die Behörden konnten nicht einmal sagen, was danach mit den italienischen Ziegen geschah, möglicherweise wurden sie geschlachtet und gegessen.

Der ehemalige britische Premierminister Tony Blair, der die Invasion Afghanistans im Jahr 2001 befürwortete, bezeichnete es als seine Pflicht, Afghanistan wieder aufzubauen, doch abgesehen von einigen Fortschritten in den Bereichen Bildung, Frauen und Soziales haben ausländische Interventionen vor allem die Korruption und damit die Rückkehr der Taliban gefördert.

Die Verschwendung war einfach atemberaubend

Das Geld wurde für Geisterschulen, Phantom-Militäreinheiten, tragikomische und dilettantische Drogenoperationen und milliardenschweren Bau- und Treibstoffbetrug ausgegeben.

US-Diplomaten vor Ort berichteten Washington, dass ein afghanischer Vizepräsident mit 38 Millionen Pfund in bar nach Dubai flog und dass Drogenhändler und korrupte Beamte wöchentlich 170 Millionen Pfund aus einem Land schmuggelten, in dem das Durchschnittseinkommen nur 430 Pfund pro Jahr beträgt.

Dies zeigt, welche Auswirkungen es hat, wenn riesige Mengen an Hilfe in ein Land gepumpt werden, das sich in einem Konflikt befindet. Vor mehr als einem Jahrzehnt erklärte der US-Sondergesandte Richard Holbrooke, dass die Korruption die Bemühungen um den Aufbau einer neuen Demokratie zunichte mache. Sie ist das wichtigste Rekrutierungsinstrument der Taliban.

Rekrutierung junger Männer

Die Vereinten Nationen warnen seit mehr als einem Jahrzehnt davor, dass die afghanischen Sicherheitskräfte Minderjährige rekrutieren. Im vergangenen Jahr räumte das US-Außenministerium ein, dass in Afghanistan nach wie vor die Gefahr besteht, dass hochrangige Beamte kleine Jungen als Sexsklaven halten. Trotzdem sind sie nie strafrechtlich verfolgt worden.

In den ersten Jahren nach 2001 war der US-Haushalt für zivile Zwecke relativ gering, da das meiste Geld für die Bekämpfung des Terrorismus ausgegeben wurde. Die Vereinigten Staaten versprachen, bis Ende 2004 1.000 Schulen und Kliniken zu bauen oder zu renovieren, aber sie haben kaum ein Zehntel davon erreicht. Dann wurden die Geldhähne aufgedreht, denn „Nation-Building“ wurde zum Schlüsselwort.

Es gab viele absurde Investitionen, wie z. B. 32 Millionen Pfund für eine Erdgasquelle, 140 Mal mehr als der Bau einer Gasquelle im benachbarten Pakistan kostet. Erst nach dem Bau wurde den Projektverantwortlichen klar, dass die Umrüstung der Autos auf Gas mehr kostet als das durchschnittliche Jahreseinkommen, so dass kein Afghane die Gasquelle nutzen wird.

Oberst Christopher Kolenda, ein US-Militärberater, sagte, Afghanistan sei bis 2006 zu einer Kleptokratie statt zu einer Demokratie geworden. Diejenigen, die Politiker werden wollten, zahlten korrupten Parteien und Führern große Summen für das Amt, und dann wurden die Bestechungsgelder aus Hilfsprogrammen oder dem illegalen Verkauf von Uniformen und Munition zurückgestohlen, aber die Politiker ließen sich auch gerne auf Drogenhandel und Entführungen ein.

In Anbetracht dessen ist es kein Wunder, dass das britische Vorgehen gegen den Mohnanbau in Höhe von 6,6 Milliarden Pfund bzw. 2.800 Milliarden Pfund gescheitert ist. Im Büro eines lokalen Gouverneurs, der an dem Anti-Opium-Programm beteiligt ist, wurden 9 Tonnen Mohnsamen gefunden. Nachdem er entlassen worden war, schloss er sich mit allen 3.000 seiner Männer den Taliban an.

Im Jahr 2010 war das Ausmaß der Korruption in dem Land deutlich zu erkennen, trotz der enormen Geldsummen, die von westlichen Ländern bereitgestellt wurden. Die USA haben in zwei Jahrzehnten fast tausend Milliarden Dollar ausgegeben, und Großbritannien hat 30 Milliarden Pfund, davon 3,3 Milliarden Pfund für Entwicklungshilfe, in einem Land mit 38 Millionen Einwohnern ausgegeben. Wären alle internationalen Hilfgelder einfach unter den Afghanen verteilt worden, wäre jeder Bürger sofort Millionär geworden. Stattdessen ist die Zahl der armen Menschen in einem ohnehin schon armen Land noch gestiegen. Eine Bank in Kabul hat über ein Netz von Briefkastenfirmen „Kredite“ an Minister, Beamte und führende Militärs vergeben, die sich auf 12 Prozent des jährlichen BIP des Landes belaufen.

Die Bank gab außerdem 117 Millionen Pfund für 35 Luxusvillen in Dubais Inselkomplex Palm Jumeirah aus, die für VIP-Unterhaltung genutzt wurden.

All das Geld hat nur zur Korruption beigetragen.

Vor drei Jahren deckte das Redevelopment Inspectorate auf, dass von den 38 Milliarden Pfund, die für Sanierungsprojekte ausgegeben wurden, 11,4 Milliarden Pfund gestohlen, verschwendet oder verloren wurden.

Schulen ohne Schulbänke

Viele Schulen werden inzwischen nach dem westlichen Modell gebaut, allerdings zu einem fünfmal höheren Preis. In den Gebirgsregionen konnten die Schulen nicht mit den üblichen schweren Dächern ausgestattet werden, und die leichteren Dächer stürzten im Winter wegen der starken Schneefälle ein. Die USA gaben 800 Millionen Pfund für diese Schulen aus, doch die Hälfte von ihnen verfügte nicht über genügend Tische oder Stühle. Es wurden Gelder an Personen vergeben, die nicht existierten, und Lehrer fälschten Namen.

Ein Kraftwerk kostete 246 Millionen Pfund, zehnmal mehr als geplant, und lieferte dann weniger als ein Prozent der versprochenen Leistung, weil kein Geld für den Betrieb vorhanden war. Sogar der 62-Millionen-Pfund-Kredit für das Hotel gegenüber der US-Botschaft ist verschwunden.

Gert Berthold, ein Buchhalter, der an der Analyse eines milliardenschweren Vertrags beteiligt war, kam zu dem Schluss, dass vier von zehn Dollar in die Taschen von korrupten Beamten, Gangstern oder Rebellen flossen.

Und das Ergebnis ist bekannt: Ein demokratischer US-Präsident am Rande des Nervenzusammenbruchs, Joe Biden, zieht sich, grob gesagt, völlig sinnlos aus Afghanistan zurück. Die Taliban-Terroristen haben sofort mit Hinrichtungen auf der Straße und einer Fahndung begonnen. Es wird erwartet, dass schätzungsweise 5 Millionen Afghanen nach Europa fliehen wollen und Migranten erneut versuchen werden, Europa zu überfluten. Und in Brüssel ist wieder von verbindlichen Quoten die Rede.

Quelle: origo.hu

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Italien erwartet 2500 Afghanen, 1 Milliarde Euro pro Jahr für „Flüchtlings“-Versorgung

23. 08. 2021



Bildquelle: VoxNews

Der „Übersiedlungsplan“ ist mittlerweile bekannt:

Die Afghanen werden in die Kategorie „Luxuseinwanderer“ eingeordnet. Mit einer Wohnung und einem staatlichen Gehalt, dessen Höhe noch nicht bekannt ist.

Aber selbst wenn man sich auf die 35 Euro pro Tag beschränkt, die wir im Durchschnitt für den Unterhalt jedes „Flüchtlings“ ausgegeben werden, der in Italien landet, kann man den Mindestbetrag für den Unterhalt dieser „Evakuierten“ schätzen: 32 Millionen Euro.

Dazu kommen noch die 985 Millionen, die wir für die 77.000 „Flüchtlinge“ ausgeben, die sich bereits im italienischen Aufnahmesystem befinden:

Und so wird Italien „dank“ der afghanischen Kollaborateure der italienischen Armee über eine Milliarde Euro an Kosten verzeichnen, um Nicht-Italiener in Hotels unterzubringen.

Wir sprechen von (derzeit) fast hunderttausend „Flüchtlingen“, die in Italien gepflegt werden müssen.

Während 20.000 obdachlose Italiener auf der Straße leben.

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Afghanistan: Putin will nicht, dass Terroristen „als Flüchtlinge getarnt“ nach Russland kommen

23. 08. 2021



Bildquelle: FDS

Der russische Präsident Wladimir Putin hat dazu aufgerufen, den Zustrom von Flüchtlingen aus Afghanistan zu verhindern, unter denen sich „getarnte Kämpfer“ befinden könnten, nachdem die Taliban das Land erobert haben.

Am Rande der Feierlichkeiten zum russischen Nationalfeiertag am 22. August sprach Wladimir Putin mit führenden Vertretern der Regierungspartei Einiges Russland und ging dabei insbesondere auf die Lage in Afghanistan ein.

(...) Der russische Präsident befürchtet insbesondere, dass Terroristen die Migration ausnützen. „Wie können wir wissen, wer sich unter den Flüchtlingen versteckt?“, betonte er und schätzte, dass „Hunderte, ja Hunderttausende oder vielleicht sogar Millionen“ von Menschen aus Afghanistan fliehen wollen. „Wir wollen nicht, dass Terroristen als Flüchtlinge getarnt in unser Land zurückkehren“, fuhr er fort und erklärte, man werde alles tun, um eine Wiederholung dessen zu verhindern, „was in den 1990er und Mitte der 2000er Jahre [in Russland] geschehen ist“.

„Damals gab es in unserem Land, im Nordkaukasus, Kämpfe. Und diese Schrecken, die wir jetzt in Afghanistan erleben, fanden vor nicht allzu langer Zeit auch in unserem Land statt“, erinnerte er sich. Es ist also das Gleichgewicht in Afghanistan, das Wladimir Putin fördern möchte. „Wir werden alles tun, auch in Zusammenarbeit mit unseren westlichen Partnern, um die Stabilität in Afghanistan zu gewährleisten“, sagte er. Wie Syrien, das er nicht zu einer „Brutstätte des Terrorismus“ werden lassen will, will Russland „diese Elemente nicht in Afghanistan oder anderen Ländern haben“, betonte der russische Präsident.

Quelle: [RT France](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Das Biden-Desaster: 15.000 Amerikaner sitzen in Afghanistan fest. Al-Qaida kontrolliert Kabul, ISIS ist im Flughafen

Von Jean-Patrick Grumberg

23. 08. 2021



Bildquelle: Dreuz.info

Die US-Botschaft in Kabul hat am Samstagmorgen eine Sicherheitswarnung herausgegeben und die 11.000 bis 15.000 Amerikaner, die Afghanistan evakuieren wollen, davor gewarnt, sich zum Flughafen Kabul zu begeben, da es „Sicherheitsbedrohungen“ gebe.

Welche Sicherheitsbedrohungen bestehen für die Amerikaner, die in Afghanistan festsitzen?

1. **Al-Qaida.** Nach Angaben zahlreicher westlicher Geheimdienstmitarbeiter haben die Taliban gerade die Kontrolle über Kabul an das Haqqani-Netzwerk, eine mit Al-Qaida verbündete Terrororganisation in Afghanistan, abgetreten und damit direkt gegen die Gespräche in Katar verstoßen, in denen die Taliban den USA versprochen hatten, das Land nicht zu einem Zufluchtsort für ausländische Terroristen wie Al-Qaida werden zu lassen.
2. **ISIS.** Am Samstag meldeten französische Geheimdienstquellen, dass eine ISIS-nahe Gruppe, Isis Khorasan, in den Flughafen der Hauptstadt eingedrungen sei (3), nachdem sie die Taliban als „Abtrünnige“ verurteilt hatte, weil sie mit den USA „Verfahren für die Evakuierung von Tausenden von Kreuzfahrern und Spionen in einem Klima starken

Vertrauens zwischen den beiden Seiten“ ausgehandelt hätten und es versäumt hätten, die Scharia mit genügend Eifer durchzusetzen (1).

3. Die Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, teilte Reportern am Dienstag mit, dass sich 11.000 in Afghanistan lebende US-Bürger beim Außenministerium registriert hätten. Nach Angaben der Washington Post (2) erklärten Beamte der nationalen Sicherheit am Dienstag gegenüber Senatsvertretern, dass sich bis zu 15.000 US-Bürger im Land aufhalten.

Es gibt also zwischen 11.000 und 15.000 Amerikaner, die in Kabul und den umliegenden Gebieten festsitzen, die jetzt unter der Kontrolle von Al-Qaida stehen, und die, wenn sie das Land verlassen wollen, zum Flughafen müssen, wo sich ISIS-Terroristen befinden – das ist zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts noch nicht vollständig bestätigt.

4. Am Donnerstagmorgen erklärte John Kirby, Pressesprecher des Verteidigungsministeriums und Konteradmiral der Navy im Ruhestand, auf einer Pressekonferenz, dass das US-Militär nicht die Aufgabe habe, die Sicherheitsvorkehrungen rund um den Flughafen zu kontrollieren, die eine Evakuierung der US-Bürger ermöglichen würden, sondern nur den Flughafen selber.

5. Aus diesem Grund hat die US-Botschaft in Kabul am Samstagmorgen um 8.10 Uhr die Amerikaner aufgefordert, sich nicht zum Flughafen zu begeben. Zu allem Überfluss erklärte das Außenministerium, es wisse nicht genau, wie viele Amerikaner sich in Afghanistan aufhalten, und habe keine Ahnung, wo sie sich aufhalten, weder in Kabul noch in der Umgebung.

„Diese Informationen liegen dem US-Militär nicht vor“, denn „Amerikaner müssen sich nicht registrieren lassen, wenn sie ins Land kommen“, sagte Kirby.
www.nationalreview.com/news/pentagon-spokesman-i-dont-know-how-many-americans-remain-in-afghanistan/

Schlussfolgerung

Joe Biden hat das US-Militär angewiesen, Afghanistan zu verlassen, ohne die US-Bürger zu benachrichtigen, ohne sie aufzufordern, sich bei der Botschaft zu melden, ohne zu wissen, wo sie wohnen, und ohne für ihre Sicherheit von zu Hause bis zum Flughafen zu sorgen – sondern nur innerhalb des Flughafens, falls es ihnen gelingt, die von den Taliban, Al-Qaida und jetzt ISIS bewachten Linien zu überschreiten.

(1) www.wionews.com/world/taliban-takeover-of-afghanistan-a-us-backed-conspiracy-islamic-state-407284

(2) www.washingtonpost.com/world/2021/08/17/afghanistan-kabul-taliban-live-updates/ – link-MNTE5VD4SNEEZN2GKJVVBCRPA

(3) whatnownews24.com/2021/08/21/french-intelligence-reveals-isis-members-in-kabul-airport/

(4) www.cacianalyst.org/publications/analytical-articles/item/13482-are-we-seeing-the-beginning-of-isis-taliban-collaboration-in-afghanistan

Quelle: Dreuz.info

Weitere Meldungen:

Afghanistan: Amerikaner sollten den Flughafen von Kabul wegen der Drohungen des Islamischen Staates meiden

www.i24news.tv/fr/actu/international/1629609608-face-a-des-menaces-potentielles-de-l-etat-islamique-les-americains-appelles-a-eviter-l-aeroport-de-kaboul

Taliban gehen in Afghanistan von „Haus zu Haus“ und „hängen“ diejenigen, die für die USA gearbeitet haben

www.foxnews.com/world/taliban-going-house-to-house-in-afghanistan-hanging-people-who-worked-with-us-source

Tore des Flughafens Kabul geschlossen, Taliban beschlagnahmen US-Pässe

www.breitbart.com/politics/2021/08/21/kabul-airport-gates-closed-taliban-confiscating-u-s-passports/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Afghanistan: Washington mobilisiert private Flugzeuge für die Evakuierung

23. 08. 2021



US-Außenminister Antony Blinken · Foto: Twitter Screenshot

Wie das US-Verteidigungsministerium am 22. August mitteilte, haben die Vereinigten Staaten die Flugzeuge mehrerer privater Fluggesellschaften beschlagnahmt, um die Evakuierung von Menschen zu unterstützen, die aus Afghanistan zu fliehen versuchen. Die Flugzeuge werden nicht vom Flughafen Kabul aus starten, so das Pentagon in einer Erklärung, sondern den Transport von Evakuierten in Drittländer wie Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate unterstützen.

„Wir brauchen mehr Flugzeuge, um sie von den ersten Ankunftsorten zu den Orten zu bringen, an denen sie sich schließlich niederlassen werden“, sagte US-Außenminister Antony Blinken am Morgen des 22. August gegenüber CBS.

[Face The Nation](#)

[@FaceTheNation](#)

.@SecBlinken on U.S. ordering use of 18 commercial airliners to aid evacuation of Afghan refugees: “We need more planes in the mix...to move them from these initial points of landing onto the places that they'll ultimately resettle.”

https://twitter.com/FaceTheNation/status/1429459057069412352?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Eetweembed%7Ctwterm%5E1429459057069412352%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Ffunser-mittleuropa.com%2Fafghanistan-washington-mobilisiert-private-flugzeuge-fuer-die-evakuierung%2F

Die Aktivierung des als CRAF bezeichneten Programms wird es den Flugzeugen der Armee ermöglichen, sich auf Operationen in Kabul zu konzentrieren“, so das Pentagon. Insgesamt sind 18 Flugzeuge von American Airlines, Atlas Air, Delta Air Lines, Omni Air, Hawaiian Airlines und United Airlines im Einsatz.

Dieses Programm wurde bisher erst zweimal ausgelöst, nämlich während des Golfkriegs 1990–91 und erneut 2002–2003 während der Invasion des Irak.

„Größte außenpolitische Demütigung“ in der Geschichte der USA

Seit dem 14. August wurden nach Angaben des Weißen Hauses rund 25.100 Menschen mit amerikanischen und verbündeten Militärflugzeugen aus Afghanistan evakuiert. Doch eine Woche nach der Machtübernahme der Taliban versuchten am 22. August immer noch Tausende von Menschen, aus dem Land zu fliehen, und auf dem Flughafen von Kabul herrschte immer noch Chaos.

In einer am 22. August herausgegebenen Erklärung meldete die britische Armee mindestens sieben Tote in der Menge, darunter auch Menschen, die bei Ausschreitungen getötet wurden.

Der Chef der US-Diplomatie zeigte sich davon unbeeindruckt und begrüßte die Tatsache, dass in den letzten 24 Stunden rund 8.000 Menschen evakuiert worden waren. „Es ist außergewöhnlich. Das passiert nicht einfach so, es war eine Menge Organisation nötig“, sagte er, auch wenn die Regierung Biden für ihren Umgang mit der Krise heftig kritisiert wurde.

Bei einer Kundgebung in Alabama am 21. August kritisierte der ehemalige US-Präsident Donald Trump seinen Nachfolger Joe Biden für dessen „grobe Inkompetenz“ beim „verpfuschten Abzug“ der US-Truppen aus Afghanistan, den er als „die größte außenpolitische Demütigung“ in der Geschichte der USA bezeichnete.

Die USA planen die Evakuierung aller Amerikaner (nach einigen Schätzungen zwischen 10.000 und 15.000) und hoffen, so viele afghanische Verbündete und ihre Familien wie möglich zu evakuieren (zwischen 50.000 und 65.000).

Quelle: [RT France](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Offene Türen für Afghanen? Auf der Suche nach einer Position

Von Marco Malaguti

22. 08. 2021



Bildquelle: *Centro Machiavelli*

Kabul ist gefallen, und im Westen erinnert man sich plötzlich an die Existenz Afghanistans. Diejenigen, die aus kulturellem Interesse, aber auch aus beruflichen Gründen die Situation in Afghanistan kennen und eingehend studiert haben, wissen, dass der Sturz der Hauptstadt der vom Westen anerkannten Regierung eine reine Formsache war. Seit Jahren ist der „demokratische“ Staat, der zunächst von Hamid Karzai und dann von Achraf Ghani regiert wurde, nichts weiter als ein Scheinstaat, der in anderen Zeiten als „Marionettenstaat“ bezeichnet worden wäre, und die afghanischen Staatsoberhäupter sind stets wenig mehr als Bürgermeister von Kabul geblieben. Diejenigen, die das Geschehen in Afghanistan schon immer verfolgt haben, wissen, dass die Zentralregierung das Land nie wirklich kontrolliert hat, nicht einmal in seinen stabilsten Zeiten.

Als im Dezember 2001 die letzte Taliban-Hochburg Kandahar fiel, zogen sich die Islamisten einfach in ihre Häuser zurück und warteten geduldig darauf, dass die westlichen Streitkräfte vor Ort nachließen. Der Krieg, wie wir ihn kennen, mit Schützengräben und Bombardements, in Afghanistan, zwischen den Taliban und den westlichen Armeen, dauerte nur wenige Monate; dann ein müder, aber dennoch ununterbrochener Tropf von Sprengfallen und Autobomben, der keine nennenswerten Ergebnisse brachte. Die Amerikaner und ihre westlichen Verbündeten blieben so lange, bis sie das Gefühl hatten, dass zu viel Geld ausgegeben worden war. Dann wünschten sie Achraf Ghani alles Gute und übergaben das Land, nicht einmal zu heimlich, an die einzige organisierte Kraft, die es zu einen vermag, die Islamisten.

Und die Afghanen? Was wird mit den Afghanen geschehen, die wir jahrelang, wie uns die Medien erzählen, mit Träumen und Hoffnungen erfüllt haben? Wie üblich werden wir immer wieder mit dem klassischsten aller Fehler konfrontiert: den Erzählungen zu glauben. Sind wir wirklich sicher, dass wir, wie uns Anfang der 2000er Jahre gesagt wurde, nach Afghanistan gegangen sind, um „die Frauen zu befreien“ und dort Demokratie zu schaffen, in einer Art zentralasiatischer Neuauflage des Zweiten Weltkriegs? Dennoch hat Afghanistan weder die Scharia abgeschafft, die von Karzai mit der Verfassung von 2004 bekräftigt wurde, noch die Todesstrafe, noch hat es jemals Homosexualität entkriminalisiert, noch wurde die Burka jemals verboten (wenn überhaupt, wurde die Pflicht abgeschafft, was eine ganz andere Sache ist, aber nur wenige haben einen Unterschied in den Straßen von Kabul und den afghanischen Dörfern bemerkt). Ganze Provinzen sind stets unter der

Kontrolle der Taliban oder dschihadistischer Gruppen (einschließlich des Islamischen Staates) geblieben. Welchen Sinn hat es also, bittere Krokodilstränen über das Schicksal von „Männern, Frauen und jungen Afghanen, die ein anderes Leben gekostet haben“ zu weinen? Über wen reden westliche Politiker, wenn sie diese Worte und diesen emotionalen Jargon verwenden?

Leider ist auch die rechte Mitte nicht gegen solche Verzerrungen gefeit. Von vielen Seiten, selbst von so genannten souveränen Populisten, wird gefordert, dass die Afghanen, die von einem anderen Leben träumten, nicht den Taliban-Horden ausgeliefert werden sollten. Sehr gut. Was sind die Lösungen? Der Progressivismus hat einen, immer den einen, und der heißt unterschiedslose Aufnahme. Es ist eine unheilige Antwort auf ein unlösbares Problem, aber sie ist zumindest mit der Weltanschauung der politischen Kräfte, die sie vorschlagen, vereinbar. Was schlagen dagegen die Kräfte von Mitte-Rechts und Rechts vor? Ist es wirklich möglich, all diejenigen in Europa willkommen zu heißen, die sich zumindest theoretisch gegen das Regime der Mullahs gestellt haben und stellen? Und warum in Europa und nicht in den rund ein Dutzend absolut friedlicher muslimischer Länder, die zwischen dem Alten Kontinent und Afghanistan liegen?

Die Zweideutigkeit spielt auf einen Mangel an Mut an, der dem gesamten politischen Vorschlag der Kräfte der europäischen Rechten zugrunde liegt, die nur in seltenen Fällen den Mut haben, zu sagen: „Die Türen sind ohne Wenn und Aber geschlossen“, und sich eher darauf beschränken zu sagen: „Wir nehmen nur diejenigen auf, die wirklich die Voraussetzungen dafür haben“. Das Problem mit Afghanistan, aber nicht nur mit Afghanistan, besteht darin, dass, da die Taliban eine terroristische Diktatur sind, alle 38 Millionen afghanischen Staatsbürger in Europa Asyl beantragen können, was viel klingt, aber nicht übertrieben ist. Niemand sollte unter einem Regime islamistischer Tyrannei leben müssen, aber nirgendwo steht geschrieben, dass jeder das Recht hat, anderswohin auszuwandern, um dem zu entgehen.

Ein solcher Surrealismus mag fortschrittlichen Kräften zugestanden werden, aber nicht denen, die zumindest in Worten behaupten, Kohärenz zu ihrem Banner zu machen: Warum also nur Afghanen? Fünfunddreißig Millionen Saudis leben unter einem Regime, das dem afghanischen ähnelt, wollen wir sie allein lassen? Wer denkt an die Träume der Frauen von Riyadh? Und was ist mit den 83 Millionen Iranern? Haben sie nicht auch ein Recht darauf, das Paradies der Rechte zu genießen, das sich der Westen nennt?

Wir müssen uns wieder zurechtfinden. Jahre der mediatisierten Politik und schließlich der Instant-Politik auf sozialer Ebene haben zu einer gefährlichen Sentimentalisierung der Politik geführt: Wir haben die Staatsräson, die nur den Bürgern gegenüber verantwortlich ist, aus den Augen verloren, um uns den Gründen des Herzens und der Empathie zuzuwenden. Über die Ursachen dieses Phänomens ließe sich viel sagen, aber vor allem können wir uns daran erinnern, dass es nicht die Aufgabe der Politik ist, Seelen in den Himmel zu schicken. Wie im Fall von Patrick Zaki bereitet das Mitleid mit den Afghanen in Wirklichkeit auf etwas ganz anderes vor: Haben die Souveränisten bereits die Wellen von „Syrern“ vergessen, die sich über den Balkan, Mitteleuropa und den Nordosten unserer Halbinsel ergossen haben?

Das Wehklagen über das ideologische Debakel des Westens wird zu keinem anderen praktischen Ergebnis führen als zur Optimierung des bereits gut geölkten Rezeptionsmechanismus; in einem Klima der Akzeptanz der Paradigmen der Gegner kann sich kein alternatives Denken entfalten. Die rechte Mitte soll sich entscheiden, ob sie wirklich eine Alternative zum Progressivismus sein will oder nur dessen leichte, grausam-freie, versüßte und umsichtige Version.



Marco Malaguti ist seit über zehn Jahren in den Bereichen Politik, Kultur und Meinungsbildung tätig. Mitbegründer und Animator des Informations- und Analyseportals Progetto Prometeo. Der Philosophiestudent beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema der Aufarbeitung des Nihilismus und der deutschen romantischen Philosophie.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Die Luftbrücke aus Kabul (Video)

22. 08. 2021



Bildquelle: VoxNews

Aufnahmen aus dem Cockpit eines italienischen Militärflugzeugs, das Afghanen auf Kosten der Steuerzahler nach Europa bringt. Ob sich unter die Passagiere neben Angehörigen unterlegener islamischer Gruppierungen nicht auch Taliban gemischt haben, ist nicht zu erkennen...

Quelle: [VoxNews](#)

Video-Player: siehe

<https://unser-mitteuropa.com/die-luftbruecke-aus-kabul-video/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Sloweniens Premierminister Janez Janša: „Die EU wird keine europäischen Migrationskorridore für Afghanistan öffnen“

22. 08. 2021



Janez Janša · Foto: Archiv Demokracija

Sloweniens Premierminister Janez Janša warnt vor offenen Türen für afghanische Asylbewerber:

„Wenn Frauen sich organisieren und gegen die Taliban in einigen Teilen Afghanistans kämpfen können, sollten Männer das auch können. Es ist nicht die Aufgabe der EU oder Sloweniens, jedem auf der Welt zu helfen und zu bezahlen, der auf der Flucht ist, anstatt für seine Heimat zu kämpfen.“

Und: „Die EU wird keine europäischen Migrationskorridore für Afghanistan öffnen. Wir werden nicht zulassen, dass der strategische Fehler von 2015 wiederholt wird. Wir müssen nur den Menschen helfen, die uns während der NATO-Operation geholfen haben, und den Ländern, die die EU-Außengrenze bewachen, um sie vollständig zu schützen.“

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Rassemblement National startet Petition gegen „massive Aufnahme afghanischer Flüchtlinge“

22. 08. 2021



„Afghanistan: Nein zu einer neuen Migrationsautobahn“

Dies ist der Titel der Petition, die auf der Website des Rassemblement National (RN) veröffentlicht wurde, um „Nein“ zur massiven Aufnahme afghanischer Flüchtlinge nach dem Fall von Kabul und der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan zu sagen.

„Wir sind uns des menschlichen Dramas und der offensichtlichen Not einiger legitimer Flüchtlinge durchaus bewusst. Das Asylrecht darf jedoch nicht, wie es derzeit der Fall ist, zum trojanischen Pferd einer massiven, unkontrollierten und aufgezwungenen Einwanderung, des Islamismus und in einigen Fällen des Terrorismus werden, wie es bei einigen der Terroristen der Anschläge vom 13. November 2015 der Fall war“, heißt es in dem Text.

Kriege seien „moralischer Vorwand, um westliche Länder zu zwingen, ihre Augen vor illegaler Einwanderung zu verschließen“, so das RN. Das RN bedauert auch, dass der Regierungssprecher Gabriel Attal „am Mittwoch, den 18. August, bestätigt hat, dass Frankreich weiterhin massiv eine Einwanderung willkommen heißen wird, obwohl wir sie nicht mehr aufnehmen oder assimilieren können.“

So erklärte der ehemalige Staatssekretär des Ministers für Bildung und Jugend am 18. August, dass „Frankreich wie jedes Jahr mehrere tausend Afghanen aufnehmen wird“.

„Seit mehr als zehn Jahren werden Kriege leider auch als moralischer Vorwand benutzt, um die westlichen Länder zu zwingen, ihre Augen vor der illegalen Einwanderung zu verschließen“, fügte die von Marine Le Pen geführte Partei hinzu.

„Die Bürgermeister einiger Großstädte haben bereits angekündigt, dass sie Flüchtlinge in ihrer Stadt aufnehmen wollen, was unserer Meinung nach eine offensichtliche Gefährdung ihrer Mitbürger darstellt. In erster Linie geht es uns um den Schutz unserer Landsleute“, so der RN abschließend.

Ratsmitglieder aller politischen Richtungen haben bereits angeboten, Afghanen aufzunehmen, die ihr Land verlassen haben, wie Eric Piolle (Europe Ecologie Les Verts, Grenoble), Martine Aubry (Sozialistische Partei, Lille) und Gaël Perdriau (Les Républicains, Saint-Etienne).

Ein viertes Flugzeug mit aus Kabul kommenden Personen ist am Abend des 20. August in Paris gelandet. An Bord befanden sich etwa hundert Personen, darunter 99 Afghanen und

vier Franzosen, wie das französische Außenministerium in einer Pressemitteilung mitteilte. „Afghanen, die auf Dauer auf französischem Staatsgebiet bleiben wollen, werden bei ihrem Asylantrag materiell und administrativ begleitet“, so der Quai d’Orsay.

Quelle: francais.rt.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Pakistan: „Wir wollen keine afghanischen Flüchtlinge“

21. 08. 2021



Bildquelle: VoxNews

Der pakistanische Botschafter in Italien, Jauhar Saleem, erklärte, sein Land habe nicht die Absicht, ein riesiges Flüchtlingslager für Afghanen zu werden, die vor den Taliban fliehen, da es bereits Millionen von ihnen beherberge, und fügte hinzu, dass es derzeit keine Flüchtlingswelle an der Grenze gebe.

Außerdem würde ein massiver Zustrom von Flüchtlingen – den es derzeit nicht gibt – in Zeiten einer Covid-Pandemie ein ernsthaftes Gesundheitsrisiko darstellen, erklärte der pakistanische Botschafter in Italien, Jauhar Saleem, am 19. August auf einer Online-Presskonferenz. Islamabad lehnt die von mehreren europäischen Staats- und Regierungschefs geäußerte Idee ab, wonach afghanische Flüchtlinge im Gegenzug für Hilfe in den Nachbarländern der Region, vor allem in Pakistan, aufgenommen werden könnten: „In den letzten 30–40 Jahren hat Pakistan die meisten Flüchtlinge in der Welt aufgenommen, derzeit sind es etwa vier Millionen“, sagte Saleem, „und das, ohne über die Mittel zu verfügen, die einige europäische Länder haben. Wir haben sie immer unter der Bedingung willkommen geheißen, dass sie in ihre Heimat zurückkehren, wenn die Situation es zulässt. Pakistan verfügt derzeit nicht über diese Aufnahmekapazität. Und Sie werden sich erinnern, als die Syrer nach Europa kamen. Trotz der großen Ressourcen Deutschlands und anderer Länder löste diese Welle politische Krisen aus, und Europa war nicht in der Lage, all diese

Flüchtlinge aufzunehmen. Und jetzt gibt es eine Pandemie, und wir wollen Covid unter Kontrolle halten. Bislang haben wir uns gut geschlagen, wir sind ein Land mit 225 Millionen Einwohnern, und wir wollen weiterhin vorsichtig sein.

Das Problem für Pakistan ist in Wirklichkeit ein anderes: die Anwesenheit afghanischer Flüchtlinge verändert das ethnische Gleichgewicht in Pakistan.

Und noch etwas: Ist es normal, dass Italien Tausende von „geflüchteten“ Pakistanern in Hotels unterbringt, während Pakistan selber keine Flüchtlinge aufnimmt? Wovor zum Teufel fliehen die Pakistaner?

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Ursula von der Leyen sichert den EU-Mitgliedstaaten finanzielle Unterstützung für Aufnahme afghanischer Migranten zu

21. 08. 2021



Bildquelle: FDS

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat am Samstag alle Länder, vor allem die europäischen, aufgefordert, einen Teil der aus Kabul abgeschobenen afghanischen Flüchtlinge aufzunehmen, und hat den EU-Mitgliedstaaten, die dies tun werden, die finanzielle Unterstützung Europas zugesichert. „Ich fordere alle Staaten, die sich an den Einsätzen in Afghanistan beteiligt haben, Europäer und andere, auf,

ausreichende Aufnahmekontingente zur Verfügung zu stellen, damit wir gemeinsam den Schutzbedürftigen helfen können“, sagte Ursula von der Leyen zum Abschluss eines Besuchs in Spanien im Aufnahmezentrum für afghanische EU-Mitarbeiter aus Kabul.

„Die Kommission ist bereit, die notwendigen Haushaltsmittel zu prüfen, um diejenigen EU-Mitgliedstaaten zu unterstützen, die anbieten, Flüchtlingen bei der Ansiedlung in ihrem Hoheitsgebiet zu helfen“, sagte sie auf einer Pressekonferenz auf dem Militärstützpunkt Torrejón de Ardoz, nordöstlich von Madrid, wo das Aufnahmezentrum eingerichtet wurde. Es ist noch nicht bekannt, wie viele EU-Länder zugesagt haben, afghanische Flüchtlinge aufzunehmen, und ob Regierungen dies abgelehnt haben.

Zuvor hatten Ursula von der Leyen und der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, in Begleitung des spanischen Premierministers Pedro Sánchez die Flüchtlingseinrichtungen des Stützpunkts besucht, in denen alle Afghanen, die in Kabul für die EU-Institutionen arbeiten, und ihre Familien untergebracht sind, bevor sie auf verschiedene Länder verteilt werden, um sich ein neues Leben aufzubauen. In Anspielung auf die Sensibilität des Themas in der EU-27 räumte Charles Michel ein, dass die Einwanderung „ein schwieriges Thema in der Europäischen Union“ sei und forderte eine „reguläre, geordnete Migration“.

Quelle: [20Minutes](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Das Grauen fängt in Afghanistan gerade erst an

Von Edith Krisztina Dócza

21. 08. 2021



Bildquelle: Magyar Nemzet

Die Taliban haben in ganz Afghanistan mit Repressalien begonnen, denen nicht nur Afghanen, sondern auch bereits im Land befindliche Ausländer zum Opfer fallen. Die Nachrichtenagentur al-Arabiya aus Dubai meldete, dass ein deutscher Zivilist, der auf dem Weg nach Kabul war, erschossen wurde, aber Berlin erklärte, dass seine Verletzungen nicht lebensbedrohlich seien und er bald nach Deutschland zurückgeschickt werde. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete jedoch, dass auch ein Journalist des deutschen Nachrichtenportals Deutsche Welle von Bewaffneten gejagt wurde. Ein Familienmitglied des Mannes wurde erschossen, ein weiteres schwer verletzt, und bei drei weiteren Journalisten wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt. Afghanische Journalisten haben von ähnlichen Angriffen berichtet.

„Es ist deutlich geworden, dass eine große Kluft zwischen dem besteht, was sie sagen, und dem, was sie tun“

- schrieb Sahar Nasari vom afghanischen Staatsfernsehen (RTA) auf seiner Social-Media-Seite. Er fügte hinzu, dass ein Kollege von ihm kürzlich versucht habe, ein Video in der Hauptstadt zu drehen, aber die Taliban hätten den Reporter geschlagen und ihm die Kamera abgenommen.



Taliban-Kämpfer patrouillieren am 19. August 2021 in Kabul - *Foto: MTI/Rahmat Gul*

Obwohl die Taliban-Führung einige Tage zuvor eine vollständige Amnestie für diejenigen versprochen hatte, die mit der Regierung des früheren afghanischen Präsidenten Aschraf Ghani zusammengearbeitet haben, geht aus einem Bericht der norwegischen Organisation RHIPTO an die Vereinten Nationen hervor, dass die Kämpfer eine schwarze Liste von afghanischen Personen führen, die sie der Zusammenarbeit mit der früheren Regierung oder einer Verbindung zu ihr verdächtigen. Werden die Betroffenen nicht gefunden, werden ihre Familienangehörigen ins Visier genommen, verhaftet und nach der Scharia bestraft, heißt es in dem Dokument. „Personen in Schlüsselpositionen der afghanischen Armee, der

Polizei und der Ermittlungsbehörden sind besonders gefährdet“, heißt es in dem RHIPTO-Bericht, der auch darauf hindeutet, dass die Taliban bereits die Häuser der Afghanen besuchen.

Christian Nellemann, der Leiter der Organisation, schließt nicht aus, dass es in naher Zukunft zu Massenhinrichtungen in Afghanistan kommen könnte.

Presseberichten zufolge hat ein hochrangiger Offizier der ehemaligen afghanischen Regierungstruppen berichtet, dass die Taliban geheime nationale Sicherheitsdokumente verwenden, um ehemalige Geheimdienst- und Sicherheitskräfte zu verhaften. „Die Leute haben mir Fotos geschickt, auf denen die Taliban in ihren Häusern nach ihnen suchen“, erklärte der demokratische US-Kongressabgeordnete Jason Crow, der im Kongress bereits einen Gesetzentwurf eingebracht hat, um die Evakuierung afghanischer Entwicklungshelfer von den US-Truppen zu beschleunigen.

„Ich bin heute Morgen aufgewacht und mein Land war weg. Dies ist nicht das Afghanistan, das ich einst kannte.“

- so wurde Yalda Hakim, eine in Afghanistan geborene Journalistin des britischen BBC-Nachrichtenportals, bei einem Rundtischgespräch von BBC Monitoring zitiert.

[Yalda Hakim](#)

[@BBCYaldaHakim](#)

Women, children, the elderly, disabled with thousands of bags outside the airport. Taliban footsoldier and his wip. Brave Afghan woman filming

https://twitter.com/BBCYaldaHakim/status/1428052917211312132?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1428052917211312132%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Ffunser-mittleuropa.com%2Fdas-grauen-faengt-in-afghanistan-gerade-erst-an%2F

Nach der Machtübernahme durch die Taliban fragen sich Politiker und Experten in aller Welt: Was wird aus den Rechten des afghanischen Volkes, insbesondere den Rechten von Mädchen und Frauen? Obwohl die Taliban zuvor erklärt hatten, dass sie Frauen keine Beschränkungen auferlegen würden, gibt es jetzt zahlreiche Berichte in der Presse, dass die bewaffneten Männer Journalistinnen nicht arbeiten lassen. Sodaba Haidare von der BBC wies darauf hin, dass sich die Afghanen in einer extremen Situation befinden, in der sie weder eine Regierung noch Beamte haben, an die sie sich um Hilfe wenden können. Mina Al-Lami, eine britische Expertin für dschihadistische Gruppen, ist der Ansicht, dass dies erst der Anfang ist und die Taliban auf internationale Anerkennung warten. Sie fügte jedoch hinzu, dass es möglich ist, dass die Scharia, das islamische Rechtssystem, im ganzen Land eingeführt wird und die Lächeroffensive bald endet. Auch unter Akademikern wird darüber spekuliert, was dies in der Praxis bedeuten wird, obwohl es Anzeichen dafür gibt, dass die Zukunft für die Afghanen, insbesondere für die Frauen, nicht rosig aussieht: Presseberichten zufolge malen die Taliban rosa Schilder an die Häuser von Frauenrechtsaktivisten, um ihnen mitzuteilen, wohin sie später zurückkehren können und gegen wen sie Vergeltung üben werden.

- „Im Moment können Frauen noch zur Schule gehen, sie können auf die Straße gehen, aber wie lange werden sie das noch dürfen? Können sie Sportler, Politiker oder in der Wirtschaft tätig sein? Dürfen sie bunte Kleidung tragen und ihr Gesicht unbedeckt lassen?“

- stellte Haidare die Fragen, die die in Afghanistan gefangenen Frauen am meisten beschäftigen. Unter der früheren Taliban-Herrschaft, die mit der Ankunft der US-Truppen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 endete, durften Frauen nicht studieren und mussten Ganzkörperschleier tragen. Hakim fügte hinzu, dass die derzeitige Taliban-Führung garantiert habe, dass die Rechte der Frauen geachtet würden und Afghanistan nicht zu einer Terroristenhochburg werde.

Richard Engel

@RichardEngel

Brave Afghan women protesting for their rights in Kabul. "Work, education and political participation is every woman's right"

https://twitter.com/RichardEngel/status/1427594136689987591?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1427594136689987591%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Ffunser-mittleuropa.com%2Fdas-grauen-faengt-in-afghanistan-gerade-erst-an%2F

Evakuierungen sollen beschleunigt werden

Ausländische Regierungen bemühen sich nach Kräften, ihre Bürger so schnell wie möglich aus Afghanistan zu evakuieren. Ein NATO-Beamter sagte am Freitag, dass in den vergangenen fünf Tagen mehr als 18.000 Menschen vom Flughafen Kabul evakuiert worden seien und etwa 6.000 Afghanen, darunter ehemalige Dolmetscher für ausländische Truppen, in der Hauptstadt in Bereitschaft stünden, um so bald wie möglich an Bord von Flugzeugen zu gehen. Der Beamte fügte hinzu, dass man plane, die Rettungsmaßnahmen am Wochenende zu beschleunigen. In Kabul ist die Lage weiterhin chaotisch, da die Taliban versuchen, die fliehenden Afghanen zurückzuhalten. Die spanische Regierung meldete, dass eines ihrer Militärtransportflugzeuge die Hauptstadt fast leer verlassen hat, da das Chaos auf dem Flughafen den Betrieb weiterhin behindert. „Ein afghanisches Ehepaar war gezwungen, eine ihrer Töchter zurückzulassen, weil sie sie am Flughafen verloren hatten“, erklärte die spanische Verteidigungsministerin Margarita Robles am Freitag. Die Vereinigten Staaten hatten sich zuvor verpflichtet, den Flughafen erst zu verlassen, wenn der letzte zu evakuierende Afghane ein Flugzeug bestiegen hat.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Muslimbruderschaft jubelt über Sieg der Taliban

Von Giovanni Giacalone

20. 08. 2021



Bildquelle: Centro Machiavelli

Afghanistan ist wieder in der Hand der Taliban, und die Auswirkungen auf die Bevölkerung werden, gelinde gesagt, erschreckend sein; die Afghanen sind sich dessen sehr wohl bewusst und versuchen, zu entkommen und nicht in die Hände der Halsabschneider zu geraten, wobei sie sich sogar an die Fahrwerke fliegender Flugzeuge anklammern.

Die Taliban-Führer haben bereits das Islamische Emirat ausgerufen, und zu den ersten Gratulanten konnte nur die Hamas mit ihrem Führer Ismail Haniyeh gehören, der den Taliban-Führer Abdul Baradar anrief, um seine Genugtuung über „das Ende der amerikanischen Besatzung“ auszudrücken und den Wunsch nach „dem Abzug aller Besatzungstruppen, einschließlich der israelischen in Palästina“ zu äußern.

Moussa Abu Marzouk sprach ebenfalls im Namen der Hamas:

Die Taliban gewinnen, nachdem sie der Rückständigkeit und des Terrorismus beschuldigt wurden. Sie stellten sich Amerika und seinen Agenten entgegen und weigerten sich, Kompromisse einzugehen. Sie ließen sich nicht von glänzenden Slogans über „Demokratie“ und „Wahlen“ täuschen. Es ist eine Lehre für alle unterdrückten Völker, allen voran das palästinensische Volk.

Der palästinensische Arm der Muslimbruderschaft stellt sich daher auf die Seite des Taliban-Emirats und dessen Anwendung der Scharia. Dies ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass die Verhandlungen mit den Taliban in Katar, einem bekannten Unterstützer der Bruderschaft, unter der Schirmherrschaft ihres geistlichen Führers, Yusuf Qaradawi, stattfanden. Auf der türkischen Seite der Bruderschaft hatte Erdogan bereits am 12. August angekündigt, dass er eine Taliban-Delegation empfangen wolle, und kurz zuvor, am 20. Juli, hatte er sogar erklärt, dass „die Taliban sich wohl fühlen sollten, wenn sie mit Ankara sprechen, da die Türkei nichts hat, was ihren Überzeugungen widerspricht“.

Von nun an wird es also sehr schwierig sein, die „Mäßigung“ der Muslimbruderschaft zu unterstützen, auch nicht, indem man sich hinter eiteln Begriffen wie: „Sie sind ein komplexes Universum“ versteckt, denn die Fakten zeigen etwas anderes.

Man wird jetzt sogar versuchen, die Taliban zu „entsorgen“, indem man sich auf ein Phantom beruft: „Amnestien für die Afghanen, die mit der Koalition zusammengearbeitet haben“. Dessen ungeachtet treffen Nachrichten über Hausdurchsuchungen aus Afghanistan ein, wenn auch diskret, um die internationale Gemeinschaft nicht zu sehr zu alarmieren. Andere sprechen bereits von einer utopischen „nationalen Versöhnung“, die nur von denen gewünscht wird, die die afghanische Geschichte nicht kennen, und sogar von der „Errichtung eines konservativen, aber nicht fundamentalistischen Regimes“.

Sogar der britische Premierminister Boris Johnson ging so weit zu sagen, dass „die Legitimität einer künftigen Taliban-Regierung von der Einhaltung international vereinbarter Standards in Bezug auf Menschenrechte und Integration abhängen wird“ – glaubt er das wirklich? Die Erklärung erfolgte nach einem Telefonat zwischen Johnson und dem pakistanischen Staatschef Imran Khan, obwohl jeder weiß, dass Pakistan hinter den Taliban steht. In der Zwischenzeit ist der Londoner Geheimdienst jedoch ernsthaft besorgt, dass Afghanistan erneut zu einem Zufluchtsort für den Dschihad werden könnte.



Giovanni Giacalone

Forscher des Machiavelli-Zentrums für politische und strategische Studien. Abschluss in Soziologie (Universität Bologna), Master in „Islamischen Studien“ (Trinity Saint David University of Wales), Spezialisierung in „Terrorismus und Terrorismusbekämpfung“ (Internationales Institut für Terrorismusbekämpfung in Herzliya, Israel). Er ist leitender Analyst für die britische islamische Theologie der Terrorismusbekämpfung (ITCT), das italienische Team für Sicherheit, Terrorismusfragen und Notfallmanagement (Katholische Universität Mailand) und das Kedisa-Zentrum für internationale strategische Analysen. Er ist Dozent im Bereich der Sicherheit für Sicherheitsmanager, Strafverfolgungsbehörden und Postgraduiertenkurse, war Koordinator für Italien des europäischen Globsec-Projekts „From criminals to terrorists and back“ und ist Mitbegründer der Sec-Ter- Security and Terrorism Observation and Analysis Group.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) Tschechische Politiker weigern sich einstimmig, die Taliban-Regierung anzuerkennen

20. 08. 2021



Foto: Armáda ČR

„Das kommt für uns auf keinen Fall in Frage“, sagt der Sprecher von Präsident Zeman über eine mögliche Anerkennung der neuen afghanischen Regierung, die von den Taliban gebildet wurde

Tschechische Politiker, darunter auch Präsident Miloš Zeman, sind sich einig, dass Tschechien die Taliban-Regierung auf keinen Fall anerkennen wird. Auf der ganzen Welt warten die Regierungen vor allem darauf, wie die künftige Regierung mit den grundlegenden Menschenrechten umgeht, insbesondere was Frauen und Mädchen betrifft.

Auf die Frage, ob Tschechien die von den Taliban gebildete neue afghanische Regierung anerkennen sollte, sagte Jiří Ovčáček, der Sprecher von Präsident Miloš Zeman: „Das würden wir auf keinen Fall in Betracht ziehen.“

Die Vertreter der Parlamentsparteien sehen das Thema ähnlich.

„Definitiv nicht. Die Taliban sind eine terroristische Organisation. Ich sehe keinen einzigen Grund, warum die Tschechische Republik ihre Regierung anerkennen sollte. Im Gegenteil, wir müssen auf das, was ihre Regierung tun wird, gut vorbereitet sein, damit wir nicht überrascht werden“, antwortete der Vorsitzende der Bürgerlichen Demokraten (ODS), Petr Fiala, auf dieselbe Frage.

Der Vorsitzende der Christdemokraten (KDU-ČSL), Marian Jurečka, reagierte ähnlich und sagte, es gebe keinen Grund, die Taliban-Regierung anzuerkennen, solange nicht klar sei, wie sie sich in Afghanistan verhalten werde. Ebenso müssten „Garantien für die Menschenrechte mit Schwerpunkt auf dem Status der Frauen“ klar sein, so Jurečka. Er erwähnte auch Sicherheitsfragen und den Kampf gegen den Terrorismus.

„Es muss klare Garantien geben, dass Afghanistan keine Brutstätte des Terrorismus und keine Bedrohung für die Welt sein wird“, sagte Jurečka.

„Es gibt keinen einzigen Grund, die Taliban-Regierung anzuerkennen“, stimmte der Vorsitzende der Partei für Freiheit und direkte Demokratie (SPD), Tomio Okamura, zu.

Der Vorsitzende der Bürgermeister und Unabhängigen (STAN), Vít Rakušan, betonte anschließend, dass er es für wichtig halte, das Problem auf EU-Ebene zu lösen und gemeinsam mit den NATO-Verbündeten zu handeln.

„Die Tschechische Republik arbeitet seit langem mit der afghanischen Regierung zusammen, die aus den Wahlen hervorgegangen ist. Die Taliban lehnen jeden Kompromiss ab, lehnen die Bildung einer gemeinsamen Übergangsregierung ab und planen eine Regierung, die nur aus Vertretern der Taliban besteht. Einer solchen Regierung fehlt jegliche Legitimität und sie sollte nicht anerkannt werden“, erklärte er.

„Wir werden sehen, wie sie mit internationalen Verpflichtungen umgeht“, kommentierte der Vorsitzende der Kommunisten (KSČM) Vojtěch Filip die mögliche Taliban-Regierung.



Tschechiens Außenminister Jakub Kulhánek · *Bildquelle: The Official CTBTO Photostream 7 Wikimedia CC 2.0*

Der Chef der tschechischen Diplomatie, Außenminister Jakub Kulhánek, hält es für zu früh, um eine Antwort zu geben.

„Nach dem Fall von Kabul wird eine größere Portion Realismus in der Außenpolitik vonnöten sein, und wir werden die Realität in Afghanistan akzeptieren müssen. Die Aufgabe der Diplomatie besteht immer darin, auch unter schwierigsten Bedingungen zumindest grundlegende Kommunikationskanäle herzustellen und aufrechtzuerhalten“, erklärte er.

Ihm zufolge ist bereits jetzt klar, dass die NATO und die Europäische Union eine aktivere Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren wie Pakistan, China oder Katar, die Kontakte zu den Taliban unterhalten, anstreben müssen.

„Das wird zum Beispiel wichtig sein, um mit einer möglichen unkontrollierten Migration aus Afghanistan umzugehen. Wie unsere Beziehungen zu den Taliban aussehen werden, ist also noch nicht absehbar“, fuhr er fort und fügte hinzu, dass es eine große Frage sei, was jetzt im Lande geschehe und ob es zu internen bewaffneten Konflikten kommen werde.

Am Dienstag erklärte Taliban-Sprecher Zabihullah Mudschahid, dass die Taliban friedliche Beziehungen zu anderen Ländern wünschen.

„Wir wollen keine inneren oder äußeren Feinde“, sagte er auf einer Pressekonferenz.

„Wir wollen sehr gute Beziehungen zu allen, damit wir die Wirtschaft wieder aufbauen und Wohlstand schaffen können, um aus dieser Krise herauszukommen“, fügte Mujahid hinzu.

Quelle: [idnesz.cz](https://www.idnesz.cz)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Polnischer Terrorismusexperte: alle islamischen Extremistenorganisationen werden ihre Basis in Afghanistan haben

20. 08. 2021



Taliban-Kämpfer auf der Ladefläche eines Fahrzeugs in Kabul,, 16. August 2021 · Bildquelle: PAP

Das Afghanistan-Debakel ist eine Katastrophe für das Image der USA, so der polnische Experte

Die Straßen Kabuls, die am Sonntag von den Taliban eingenommen wurden, sind jetzt leer, die Geschäfte sind geschlossen. Auf dem Flughafen herrscht Chaos, zahlreiche Menschen versuchen, aus dem Land zu fliehen. Der Luftraum des Landes wurde vom Militär übernommen und der kommerzielle Flugverkehr für 24 Stunden eingestellt.

Der afghanische Präsident Ashraf Ghani verpflichtete sich, der von den Taliban vorgeschlagenen Regierung der nationalen Einheit beizutreten. Wenige Augenblicke später bestieg er ein Flugzeug und floh aus dem Land. Das war der Moment, in dem die Stadt ins Chaos gestürzt wurde und die Taliban den Befehl zum Einmarsch in Kabul erteilten.



Wojciech Szewko· Bildquelle: TV wPolsce.pl

Der Terrorismusexperte Dr. Wojciech Szewko erläuterte die schwierige Situation in Afghanistan in einem Interview für Radio Maryja.

„Die Taliban haben ihre politische Agenda und setzen sie konsequent um. Sie haben aus den Fehlern der Al-Qaida und des Islamischen Staates gelernt, die sich gespalten und gegen ihre eigenen Gesellschaften gekämpft haben, anstatt sich auf ihre Hauptfeinde zu konzentrieren: die ‚Kreuzfahrer und Zionisten‘. Deshalb wollen die Taliban eine inklusive Regierung bilden, in der alle politischen Kräfte vertreten sind“, sagte er.

Szewko fügte hinzu, dass der neue Taliban-Staat ein islamisches Emirat sein werde, das sich mit Vergeltungsmaßnahmen zurückhalten werde und vielen potenziellen Terroristen Amnestie gewähre. Vor einigen Monaten führten die Taliban eine Operation durch, bei der sie afghanische Soldaten freiließen und ihnen Bustickets nach Hause kauften.

Er wies darauf hin, dass sich die Taliban darauf vorbereitet haben, ein Land zu regieren, das nicht in einen Bürgerkrieg verwickelt wird, obwohl Afghanistan ein geografisch

komplexes Land ist, was zu Komplikationen führen kann. Kabul ist derzeit friedlich, da Taliban-Außenposten für Ordnung sorgen.

Angesichts des Rückzugs der Vereinigten Staaten und der Kapitulation des afghanischen Militärs betonte Szewko, dass die Situation eine Katastrophe für das Image der USA sei.

„Ein amerikanischer Verbündeter, der die Szenen einer panischen Evakuierung sieht, bei der Menschen auf die Räder eines Flugzeugs klettern und später von ihnen herunterfallen, könnte sich selbst in der gleichen Rolle sehen. Die Amerikaner sind nicht in der Lage, ihr eigenes Personal und all jene, die mit ihnen zusammengearbeitet haben, zu evakuieren“, sagte er.

Der Experte betonte, dass die Situation in Afghanistan der größte Erfolg von Al-Qaida seit dem 11. September 2001 sei.

„Al-Qaida hat den Krieg gewonnen. Ihr Anführer, Ajman az-Zawahiri, wird bald verkünden, dass es nach 20 Jahren ein islamisches Emirat in Afghanistan geben wird. Alle islamischen extremistischen Organisationen werden dort ihre Basis haben. Das alles wird vom guten Willen der Taliban abhängen“, sagte er.

Szewko erklärte auch, dass die traditionellen islamischen Strafen für Verbrechen gegen andere Menschen und Allah auch unter den Taliban beibehalten werden, wie z. B. die Steinigung oder das Abhacken der Hände. Allerdings werde der Versuch, Muslime zu bekehren, mit dem Tode bestraft, während die sunnitische Minderheit weiterhin ohne Probleme leben dürfe – dies wurde bereits vor über einem Jahr angekündigt und auch dem Iran mitgeteilt. Wie die Christen behandelt werden, ist nicht bekannt.

[Radio Maryja](#)

[@RadioMaryja](#)

[#USA](#): kolejny tysiąc żołnierzy poleci na lotnisko w Kabulu



https://twitter.com/RadioMaryja/status/1427325081932476419?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1427325081932476419%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funsere-mittleuropa.com%2Fpolnischer-terrorisexperte-alle-islamischen-extremistenorganisationen-werden-ihre-basis-in-afghanistan-haben%2F

Quelle: [Radio Maryja](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) In Österreich und anderswo begehen Afghanen mehr Straftaten als andere Migranten

20. 08. 2021



Bildquelle: *The National Interest*

Es gibt eine Entwicklung, die nicht erwartet wurde und nicht tolerierbar war: das große und wachsende Phänomen der sexuellen Übergriffe von Flüchtlingen auf einheimische Frauen. Dabei handelte es sich nicht um „einfache Vergewaltigungen“, sondern um bösartige und gnadenlose Übergriffe auf willkürlich ausgewählte Mädchen und Frauen, die häufig von Banden oder Gruppen junger Männer begangen wurden. Zunächst wurden die Vorfälle heruntergespielt oder vertuscht – niemand wollte den Rechten Futter für nationalistische Hetze liefern und man hoffte, dass es sich um Einzelfälle handelte, die von einer kleinen Gruppe von Tätern verursacht wurden. Die Straftaten häuften sich aber, und da viele von ihnen in der Öffentlichkeit stattfanden und da die Gerichte im Laufe der Prozesse Urteile fällten, konnten diese Fälle nicht mehr unter den Teppich der politischen Korrektheit gekehrt werden. Mit der offiziellen Anerkennung und der öffentlichen Berichterstattung tauchte eine seltsame und verwirrende Erkenntnis auf: die meisten Sexualdelikte wurden von Migranten einer bestimmten Nationalität verübt, von Afghanen.

Warum Afghanen?

Es sind einige konkurrierende Theorien im Umlauf.

Die erste: „Sie betrinken sich“. Einer meiner Gesprächspartner, ein Afghane in der Diaspora, der seit Jahrzehnten in Wien lebt und als Übersetzer und diplomierter Rechtsberater arbeitet und daher mit diesen Fällen und den beteiligten Personen bestens vertraut ist, weist diese

Erklärung von sich. Ihm zufolge hat sich das Gerücht verbreitet, dass die Behauptung, während einer Straftat geistig unzurechnungsfähig gewesen zu sein – auch infolge von Alkohol oder Drogen -, ein mildernder Umstand ist. Sie werden zum Beispiel sagen, dass sie zwei Bier getrunken haben und dann ohnmächtig geworden sind, ohne sich an ihr weiteres Verhalten zu erinnern.

Eine zweite Theorie besagt, dass die Verwirrung durch einen Kulturschock verursacht wurde. Diese jungen Männer, so die Theorie, kommen aus einem Land, in dem Frauen nur dunkle Gestalten sind, die vollständig unter einer Burka verborgen sind. Wenn sie mit Mädchen in Tank Tops und kurzen Shorts konfrontiert werden, verlieren sie den Verstand und ihre Hormone spielen verrückt.

Im Allgemeinen sind die bevorzugten Ziele der Afghanen nicht das, was man sich unter einem Stereotyp vorstellt: aufreizend gekleidete junge Frauen, die ein verwirrter Muslim im ultrakonservativen Hinterland als promiskuitiv missversteht. Nein, oft sind die Opfer Mütter mit kleinen Kindern. Ich vermute, dass sie für ein Raubtier ein leichteres Ziel sind, da man davon ausgeht, dass sie in ihrer Fähigkeit, sich zu verteidigen, beeinträchtigt sind, aber vielleicht gibt es auch eine freudsche Dimension, die mir entgeht.

Das bringt uns zu einer dritten, noch zwingenderen und ziemlich beunruhigenden Theorie, die mein afghanischer Freund, der Gerichtsübersetzer, vorbringt. Aus den Hunderten von Begegnungen, die er in den letzten Jahren im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit mit diesen jungen Männern hatte, glaubt er herausgefunden zu haben, dass sie von einer tiefen und anhaltenden Verachtung für die westliche Zivilisation motiviert sind. Für sie sind die Europäer der Feind, und ihre Frauen sind legitime Beute, ebenso wie alle anderen Dinge, die man ihnen wegnehmen kann: Wohnung, Geld, Pässe. Ihre Gesetze sind irrelevant, ihre Kultur ist uninteressant und am Ende wird ihre Zivilisation sowieso an der von uns angeführten Horde scheitern. Es hat keinen Sinn, sich zu assimilieren, hart zu arbeiten oder zu versuchen, hier ein anständiges Leben aufzubauen: Diese Europäer sind zu weich, um dich ernsthaft für Übertretungen zu bestrafen, und ihre Tage sind gezählt.

Und es geht nicht nur um Sexualverbrechen, stellt mein Bekannter fest. Sie mögen die öffentliche Meinung am meisten aufrütteln, aber die absichtlichen und heimtückischen Missbräuche des Sozialsystems sind genauso wichtig. Afghanische Flüchtlinge, so sagt er, neigen besonders dazu, das System auszutricksen: Sie lügen über ihr Alter, über ihren Status, behaupten, jünger oder behindert zu sein oder einer ethnischen Minderheit anzugehören, obwohl selbst das müde Auge eines österreichischen Richters die feinen Gesichtszüge eines Hazara von denen eines Paschtunen unterscheiden kann.

Quelle: [The National Interest](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Afghanistan – Bidens Debakel, Blamage für den Westen, Katastrophe für die Bevölkerung

20. 08. 2021



Ursula Stenzel (Foto: Franz Johann Morgenbesser / *Wikimedia CC 2.0*)

Von URSULA STENZEL | Nun ist das schlechteste aller Szenarien eingetreten: Den Amerikanern und ihren Verbündeten bleibt nach der Machtübernahme der Taliban nichts mehr anderes übrig, als ihren Abzug zu organisieren – angeblich sind schon alle amerikanischen Staatsangehörigen und ihre afghanischen Helfer ausgeflogen, jetzt kommen die Deutschen dran. Am Flughafen in Kabul spielen sich dramatische Szenen ab. Soviel Afghanen wie möglich, die für die westlichen Truppen gearbeitet haben, versuchen verzweifelt mit an Bord zu kommen.

Demütigung für USA

Indessen beschwichtigt der amerikanische Außenminister Blinken: kein zweites Saigon. Nein? Kein zweites Saigon? Der einzige Unterschied zu dem chaotischen Abzug der US Truppen aus Saigon im Jahr 1975 ist der, dass bis jetzt zumindest nicht um den Flughafen gekämpft wird. Die Mudschaheddin sind schlau genug, sich nicht auf einen direkten Kampf mit den hochgerüsteten amerikanischen Truppen einzulassen. Das haben sie auch nicht mehr nötig: Sie kontrollieren ohnedies alle Zufahrtsstraßen zu Kabul und dem Flughafen. Die Amerikaner sind von der Gnade der Taliban abhängig und das zwanzig Jahre, nachdem

diese mit ihrer Hilfe auf Seiten der damals siegreichen Nordallianz vertrieben wurden. Eine größere Demütigung für die USA und die Nato kann es nicht geben. Da gibt es auch nichts zu beschönigen. Präsident Biden selbst spricht von „miscalculations“, von Fehleinschätzungen. Das ist schwer untertrieben. Er hat seine Verbündeten mit hineingerissen in dieses Debakel.

Allen voran die Briten. Vergessen wir nicht, dass es ein Labour Premier war, Tony Blair, der Präsident Bush ohne Wenn und Aber in seinem Kampf gegen den Terror Gefolgschaft leistete. Johnson kann es jetzt ausbaden. Er wird sich jetzt vielleicht auch die Frage stellen, ob es wirklich so klug war, der EU den Rücken zu kehren und sich ganz auf die Bruderschaft mit den USA zu verlassen. Auch die Franzosen folgten, schon aus nationalem Dünkel, um nicht gänzlich von der Weltbühne abzutreten und die Deutschen halbherzig, aber doch, weil sie sich den Amerikanern prinzipiell zu Dank verpflichtet fühlen. Ohne die USA, ohne die Nato, hätte es keinen Fall der Mauer – 30 Jahre her – und keine deutsche Wiedervereinigung gegeben. Die Japaner, obwohl nicht bei der Nato, machten mit, weil sie Rückhalt gegen China brauchen, die Ukrainer als Rückversicherung gegen Russland. Sie alle wurden von Biden in diese Blamage mit hineingerissen. Es war, wie jetzigen zu Hauf an die Öffentlichkeit dringenden Informationen zu entnehmen ist, nicht so, dass Biden nicht vorgewarnt worden wäre, sich auf einen Abzug bis zum 20. Jahrestag von 9/11 festzulegen. Er blieb dabei – Wahlversprechen ist Wahlversprechen – und machte damit den Sieg der radikal islamischen Kämpfer, egal welcher Schattierung, in Afghanistan möglich.

Meine Erinnerungen an 9/11

Ich erinnere mich genau an den Anschlag auf das World Trade Centre in New York vor zwanzig Jahren. Damals war ich noch Mitglied des Europäischen Parlaments – und die Schreckensnachricht erreichte uns während einer Sitzung des außen- und sicherheitspolitischen Ausschusses, dem ich angehörte und für den ich auch an einer Sondermission nach Afghanistan teilgenommen hatte. Daher meine Kenntnis dieses Krisenschauplatzes und seiner Akteure. Ich empfand diesen Anschlag als Kriegserklärung des radikalen Islam nicht nur an die USA, sondern an die westliche Zivilisation überhaupt. Eine Einschätzung, die von dem Vorsitzenden dieses Ausschusses, dem CDU Politiker Elmar Brok, sofort abgeschwächt wurde. Besonders die Vertreter der deutschen Politik in der EU, aber auch die Franzosen und die Engländer, fingen sofort an, zu beschwichtigen: Nein, der Anschlag vom 9. September 2001 hatte nichts mit dem Islam zu tun, man hatte zweifellos Angst, die Millionen Moslems, die in Deutschland, in Frankreich, in Großbritannien, in den Niederlanden leben, gegen sich aufzubringen. Es wurde auch jeder Anschein vermieden, dass dieser Anschlag etwas mit der Israel-Politik der USA zu tun haben könnte, um zu vermeiden, dass hinter der antiisraelischen, antizionistischen Maske die hässliche Fratze des Antisemitismus zum Vorschein kommen könnte.

Biden schwer angeschlagen und rücktrittsreif

Damit begann in Europa die verhängnisvolle Beschwichtigungspolitik gegenüber dem radikal militanten Islam und auch der Vatikan schloss sich gegen besseres Wissen dieser politischen Linie an. Biden verfolgt sie sowieso. Zwar wird von seinen Sprechern und seinem Außenminister betont, dass die zwanzig Jahre US Engagement in Afghanistan und eine Trillion (!) Dollar im Kampf gegen die Mudschaheddin nicht ganz umsonst gewesen wären: Die USA hätten den Terror besiegt, aber in der Aufgabe, Afghanistan zu befrieden, so etwas wie einen nationalen Zusammenhalt zu schmieden, habe man versagt. Das sind peinliche verbale Rückzugsgefechte eines schwer angeschlagenen Präsidenten Biden. Niemand darf

sich wundern, dass unter diesen Umständen sein Amtsvorgänger Donald Trump den Rücktritt Bidens verlangt, der ja in seinen Augen zu Unrecht wegen Wahlschwindels im Amt ist.

Immerhin 89 Milliarden Dollar haben die USA in die Ausbildung von Polizeikräften, Militär und Verwaltung gesteckt, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich gegen die Taliban zu behaupten. Zumindest ist Biden von der Annahme ausgegangen, dass sie dazu in der Lage wären. Damit hat er sein Festhalten an dem Abzugsdatum begründet. Wie uns täglich vor Augen geführt wird, war dem nicht so. Dies kann zwei Ursachen haben: Entweder Biden verfügte über die falschen Geheimdienstinformationen und schätzte die Lage falsch ein, oder er hatte die richtigen Informationen über die wahren Kräfteverhältnisse und beharrte auf seinem Entschluss. Beides wäre ein schwerer, unverzeihlicher Fehler. Eigentlich ist er, unabhängig, ob Trump dies ausnützt oder nicht, rücktrittsreif.

Wie ein Politologe und Afghanistankenner der London School of Economics gegenüber der BBC sagte:

„Die USA haben einen Krieg verloren,

die USA haben Afghanistan aufgegeben, die USA haben den Irak aufgegeben.

Die USA sind von der Gnade der Taliban abhängig – sie entscheiden, ob das Land kollabiert und in einem Bürgerkrieg versinkt“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Pariser Gericht verweigert Visum für afghanische Hilfskraft der französischen Armee

20. 08. 2021



Bewaffnete Taliban feiern das mit Washington im Jahr 2020 unterzeichnete Abkommen unweit der afghanisch-pakistanischen Grenze - *Foto von Wali Sabawoon/NurPhoto*

Während der Generaloffensive der Taliban in Afghanistan verweigerte das Pariser Verwaltungsgericht am Mittwoch, den 28. Juli, einer ehemaligen afghanischen Hilfskraft der französischen Armee die Erteilung eines Notvisums, da sie laut der Entscheidung nicht „die Realität ihrer Ängste“ um ihr Leben bescheinigt habe.

Fatima A., eine Afghanin, die zwischen 2012 und 2013 ein Jahr lang als Hilfskraft auf einem französischen Stützpunkt beschäftigt war, beantragte 2019 Schutz in Frankreich beim Ministerium der Streitkräfte, das ihn Mitte 2020 ablehnte. Die 28-jährige Frau reichte vor kurzem einen Eilantrag gegen diese Ablehnung ein und beantragte ein Visum, da sie der Ansicht ist, dass ihre frühere Beschäftigung und ihre derzeitige Situation sie „einer ernsthaften Gefahr aussetzen“. Das Pariser Verwaltungsgericht entschied jedoch am Mittwoch, dass die von Fatima A. vorgelegten Unterlagen „nicht ausreichen, um die Realität der Befürchtungen zu belegen, auf die sie sich beruft, um die Dringlichkeit der Anfechtung der französischen Ablehnung zu begründen“.

„Nicht besonders im Visier“ der Taliban

Bei einer Anhörung am Dienstag lehnte das Verteidigungsministerium den Antrag von Fatima A. erneut mit der Begründung ab, sie habe „keinerlei Anhaltspunkte für die Erheblichkeit einer realen, aktuellen und persönlichen Bedrohung“ geliefert, ein Kriterium der französischen Justiz. In ihrem Memorandum vertreten die Dienststellen von Verteidigungsministerin Florence Parly die Auffassung, dass die Taliban bei ihren

Anschlägen „hauptsächlich auf die amtierende Regierung abzielen“, aber „immer versuchen, die Bevölkerung zu beruhigen und sie bei ihren Terroraktionen so weit wie möglich zu verschonen“.

Laut einem Vermerk der französischen Botschaft in Afghanistan vom 3. Juni werden afghanische Zivilisten, die Frankreich gedient haben, von den Taliban „nicht besonders angegriffen“ oder gar „offiziell bedroht“.

Nach dieser Notiz wurde Abdul Basir, 33, ein ehemaliger Mitarbeiter der französischen Streitkräfte, dem zweimal das Visum verweigert worden war, am 19. Juni in der an Kabul angrenzenden Provinz Wardak, in der die Taliban aktiv sind, erschossen aufgefunden.

Quelle: [Le Figaro](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Italien: Militär enthüllt Plan der Regierung, tausende Afghanen nach Italien zu transferieren

20. 08. 2021



Salvini hatte noch von „Dutzenden ehemaliger Kollaborateure“ gesprochen, jetzt verrät der für diese Luftfähre verantwortliche Militär, ein gewisser Oberst Diego Giarrizzo, dass es mehr als die erwarteten paar hundert sein werden: „Wir nehmen so viele wie möglich auf, auch Personen in Not“.

Quelle: [VoxNews](#)

Vollständige Mitteilung:

<https://unser-mittleuropa.com/italien-militaer-enthueilt-plan-der-regierung-tausende-afghanen-nach-italien-zu-transferieren/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER